



Peter Moser

Abzocker, Raumplanung und Beamtenversicherungskasse

Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 3.3.2013

Mit der Annahme der Abzockerinitiative wurde zwar nach den SRG-Befragungen im Vorfeld gerechnet, dass sie aber im Kanton Zürich einen Ja-Stimmenanteil von 70.2% erreichen und in allen Gemeinden, Gold- und Pfänusküste inklusive, mehrheitsfähig sein würde, war doch einigermaßen überraschend, zumal für eine intensiv und kontrovers diskutierte Initiative. Und dies obschon die Durchschnittsbeteiligung mit 44.6% für einen kombiniert eidgenössisch/kantonalen Termin nur einen belanglosen Prozentpunkt über dem mittleren Niveau der vergangenen zehn Jahre (43.6%) lag, was im Übrigen Mobilisierungseffekte – sei es von links oder von rechts – sehr unwahrscheinlich macht (es lassen sich auch keine nachweisen).

Noch höher war der Ja-Stimmenanteil mit 71.3% allerdings beim Raumplanungsgesetz. Der Familienartikel, der im Windschatten des grossen Tagesthemas segelte und lange Zeit als sichere Grösse galt, knackte die Mehrheitsmarke im Kanton Zürich hingegen nur relativ knapp (53.6%) und scheiterte in der Schweiz schliesslich am Ständemehr.

Die Resultate der Abstimmungen auf kantonaler Ebene überraschten hingegen nicht: Das Volk folgte den Regierungsempfehlungen. Bei der Doppelvorlage zur Änderung des Personalrechts für Lehrpersonen wurde die Hauptvorlage mit 67.9% Ja angenommen, der Gegenvorschlag mit 42.1% Ja verworfen. Bemerkenswert ist dabei vor allem die – verglichen mit den übrigen Vorlagen – deutlich tiefere Stimmbeteiligung von 42% bei der Hauptvorlage bzw. 41.6% beim Gegenvorschlag: Das Interesse scheint nicht eben gross gewesen zu sein, wofür auch die hohen Anteile leer eingelegter Stimmzettel (11%) ein Indiz sind (siehe dazu Moser 2012).

Die Verringerung der Steuersätze bei der Grundstückgewinnsteuer wurde mit 44.1% Ja klar abgelehnt. Deutlich angenommen wurde hingegen die zeitliche Verlegung der Hauswirtschaftskurse in den Mittelschulen (69.3% Ja) und ebenso die Regelung der Verbuchung der Einmaleinlage zur Sanierung der kantonale Beamtenversicherungskasse BVK (65.2% Ja).

Den kantonalen Schlussresultaten lässt sich das Niveau der Zustimmung in der aktiv teilnehmenden Stimmbürgerschaft zu einer Vorlage entnehmen. Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigen sie hingegen nicht. Etwas weiter helfen für diese Fragestellung die unterschiedlichen Ergebnisse aus den 171 Gemeinden des Kantons. Diese Varianz ist die Voraussetzung für unsere Aggregatsdatenanalysen, bei denen diese Resultate mit weiteren gemeindeweise verfügbaren Indikatoren unter Verwendung statistischer Verfahren kombiniert werden.¹ Grundsätzlich gilt, dass die Aussagekraft

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine kompetente demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar

einer Aggregatsdatenanalyse gemessen an ihrem statistischen und inhaltlichen Erklärungsgehalt in aller Regel zunimmt, je stärker sich die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden unterscheiden, je mehr Varianz vorhanden ist – und damit auch, je mehr Information in den Daten drinsteckt. Diesbezüglich lassen die Voraussetzungen bei einigen der kantonalen Abstimmungen dieses Wochenendes, jener über das Personalrecht der Lehrpersonen, die Husi-Vorlage und die Grundstückgewinnsteuer, zu wünschen übrig.

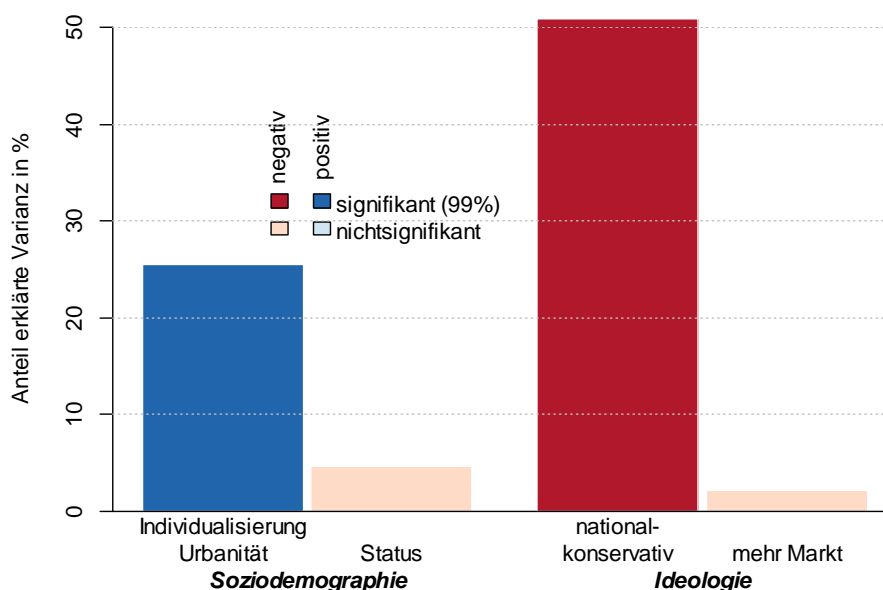
Für die übrigen Vorlagen ist die Analyse der Resultate mit unserem multivariaten Standardmodell² aber ergiebig. Dieses berücksichtigt die zweidimensionale ideologische Ausrichtung der Politlandschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011a), wie auch wesentliche sozialräumliche Strukturaspekte – den Status und die Urbanität – der Bevölkerung einer Gemeinde. Dank der multivariaten Betrachtungsweise kann die relative Bedeutung dieser Faktoren im Zusammenhang analysiert und damit auch isoliert werden.

Der Familienartikel zwischen Soziodemographie und Ideologie

An sich würde man vermuten, dass sich die Zustimmung zum Familienartikel vor allem zwischen Land und Stadt oder sozialwissenschaftlich gesagt zwischen den ländlich-traditionellen Gegenden und den urbanisiert-individualisierten unterscheiden. Dies aufgrund der Überlegung, dass in den urbanen Gebieten, in denen traditionelle Modelle des Familienlebens weniger verbreitet sind, der Bedarf nach staatlicher Unterstützung grösser ist als auf dem Land. Grafik 1 zeigt, dass diese Hypothese im Prinzip auch zutrifft: In den urbanen Gebieten war die Zustimmung höher als in den ländlichen. Etwa ein Viertel der Gesamtvarianz des Ja-Stimmenanteils des Familienartikels kann dadurch erklärt werden.

Grafik 1: Einflussfaktoren der Zustimmung zum Familienartikel

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils des Familienartikels, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 83%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils des Familienartikels. Wir verwenden hier die sogenannte "lmg"-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

– wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

² Die Motivation und die Variablen des Modells, das den folgenden Aussagen zugrundeliegt, sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungsbeispiele finden sich in vielen der seitherigen Abstimmungsanalysen des Statistischen Amtes.

Grafik 1 macht aber auch deutlich, dass der ideologische Gegensatz zwischen Progressiven und Konservativen für die Erklärung des Results noch wichtiger war. Mehr als die Hälfte der Unterschiede zwischen den Gemeindeergebnissen kann dieser Hauptachse der politischen Landkarte zugeschrieben werden. Man kann aufgrund dieser sehr klaren Modellresultate davon ausgehen, dass parteimässig gesprochen, die Zustimmung bei Linkswählern (SP und Grüne) überdurchschnittlich, vor allem aber bei den SVP-Wählern unterdurchschnittlich war. Plausibel ist dies, denn die SVP gab die Nein-Parole aus und warb dafür mit einem breit gestreuten, aufwendigen „Extrablatt“.

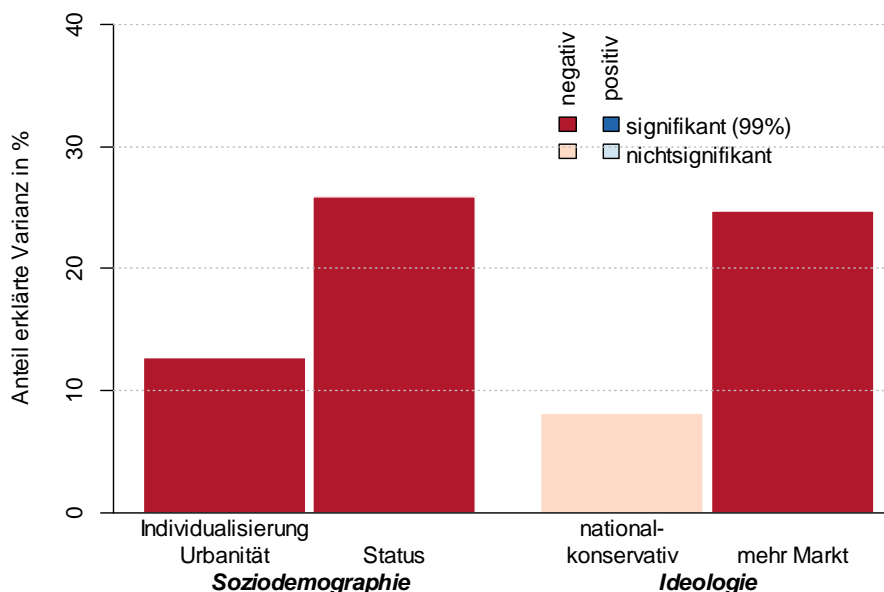
„Nein zum Familienartikel“ hiess es auch bei der Zürcher FDP, doch war die Haltung der Freisinnigen in dieser Frage gesamtschweizerisch - und ziemlich lautstark - gespalten. Dies mag einer der Gründe dafür sein, dass der Markt-Staat Gegensatz keine Rolle spielte. Es ist aber auch ein Hinweis darauf, dass die Vorlage eher in einen normativen, wertbezogenen Kontext gestellt wurde als in einen ökonomischen.

Abzockerinitiative – Progressive und Konservative marschieren vereint

Die Abzockerinitiative sorgte nicht nur für die Sensation an diesem Abstimmungssonntag. Wie Grafik 2 deutlich macht, spielten bei ihr auch mehrere Faktoren eine Rolle. Mit einem Erklärungsanteil von 13% der Gesamtvarianz nicht sehr ausgeprägt, aber statistisch signifikant, war die Zustimmung in den ländlichen Gebieten höher als in den städtischen. Wichtiger war der Status, die zweite sozioökonomische Gemeindecharakteristik. Naheliegender bei einer Vorlage, die zumindest ihrer Bezeichnung nach geradezu an die Zeiten des Klassenkampfes erinnerte: In den Gemeinden mit einer wohlhabenden Bevölkerung war die Zustimmung einiges geringer als in den eher ärmeren Gebieten des Kantons.

Grafik 2: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Abzockerinitiative

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Abzockerinitiative, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 71%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Abzocker-Initiative. Wir verwenden hier die sogenannte "I_{mg}"-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Keine Unterschiede gab es bei der Abzocker-Initiative zwischen den Gemeinden mit einer konservativen und jenen mit einer progressiven Bevölkerung. Dass in diesem Fall SVP (im

Kanton Zürich zumindest) und SP zusammenspannten, dass der Unmut über die Abzocker bei den „Progressiven“ ebenso gross war wie bei den „Nationalkonservativen“, hat bestimmt zum ausserordentlichen Erfolg der Initiative Minders beigetragen.

Und schliesslich war auch in den Gemeinden mit einer grundsätzlich marktfreundlichen Stimmbevölkerung die Zustimmung für die Minder-Initiative geringer als dort, wo Staatseingriffe willkommen sind. In den Goldküstengemeinden (Erlenbach, Herrliberg, Küsnacht, Meilen, Zumikon, und Zollikon) sowie auf der anderen Seeseite in Kilchberg und Rüslikon sowie in der liberalen „Aussenwacht“ Uitikon lag die Zustimmung entsprechend geschlossen unter 60% und war damit so niedrig wie sonst nirgendwo im Kanton.

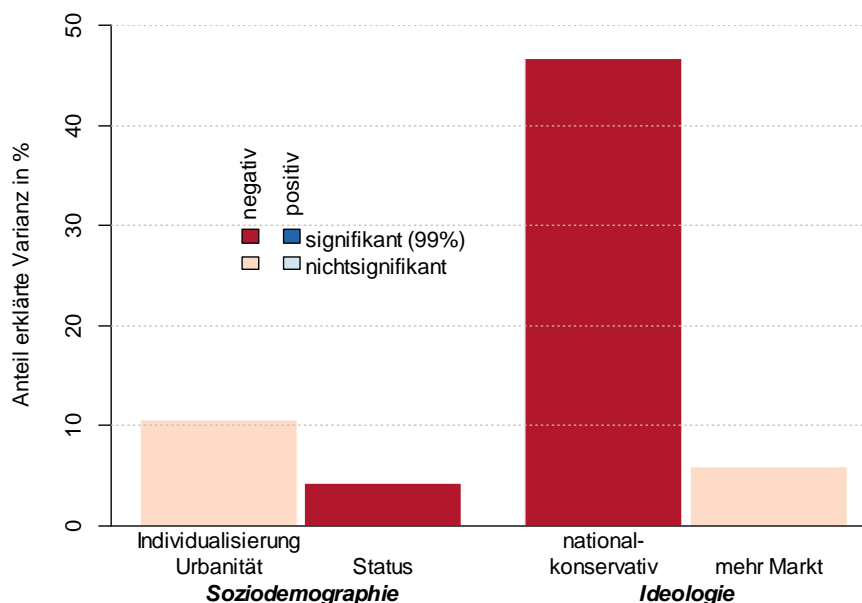
Sie fiel aber auch in diesen traditionellen FDP-Hochburgen, deren Bevölkerung Wirtschaftsnähe (bzw. Staatskepsis) mit hohem Status vereint, nirgends unter die 50%-Marke. Das ist vielleicht das Erstaunlichste am Abstimmungsresultat der Abzockerinitiative im Kanton Zürich.

Raumplanung als ideologische Frage

Für die kommunalen Unterschiede in der Zustimmung zum Raumplanungsgesetz spielt der ideologische Gegensatz zwischen Konservativen und Progressiven die dominante Rolle, dieser Faktor „erklärt“ fast die Hälfte der gesamten Varianz. Parteipolitisch ist dies der Gegensatz zwischen den Wählerschaften der Linksparteien (SP, Grüne) und der SVP. Man kann auch hier davon ausgehen, dass die Nein-Parole der SVP Wirkung entfaltet hat, selbst wenn wegen des generell sehr hohen Niveaus der Zustimmung die Vorlage nur in einer Gemeinde des Kantons, Adlikon, knapp nicht mehrheitsfähig war.

Grafik 3: Einflussfaktoren der Zustimmung zum Raumplanungsgesetz

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils des Raumplanungsgesetzes, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 67%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils des Raumplanungsgesetzes. Wir verwenden hier die sogenannte "lmg"-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Die Effektstärke der anderen Faktoren ist unbedeutend. Dies gilt zum einen für den ideologischen Markt-Staat-Gegensatz: Die Zustimmung in der FDP-Wählerschaft entsprach etwa dem Gesamtdurchschnitt der Abstimmungsteilnehmer – vielleicht ein Korrelat der gesamt-

schweizerisch uneinheitlichen Parolenfassung der Freisinnigen zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes.

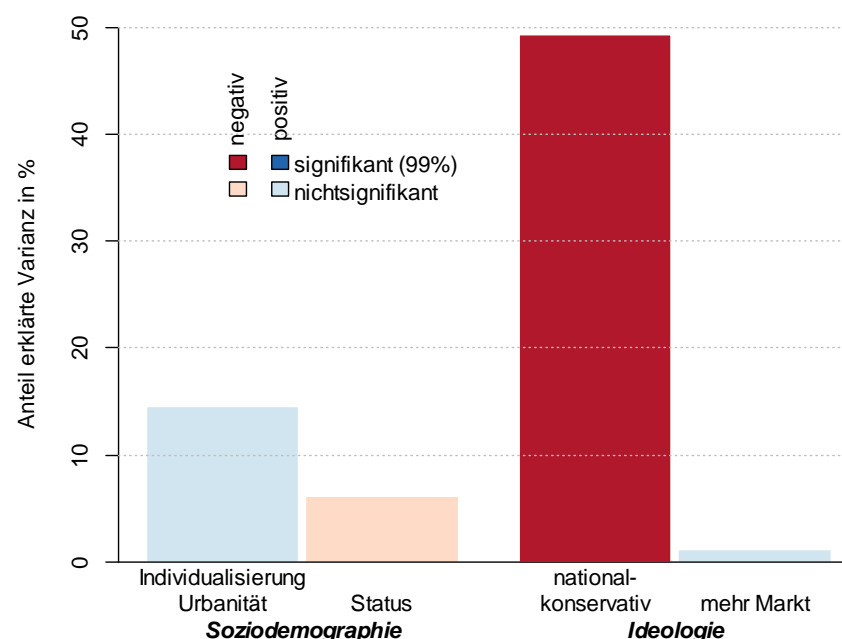
Ebenfalls keine wesentliche Rolle spielte bei dieser Vorlage der Stadt-Land Gegensatz, und damit auch ein wesentlicher Aspekt des raumplanerischen Kontexts, in dem sich der Stimmbürger in seiner Wohngemeinde befindet.

Beamtenversicherungsvorlage passiert – trotz SVP-Widerstand

Das räumliche Muster der Zustimmung zur kantonalen BVK-Vorlage ähnelt stark demjenigen des Raumplanungsgesetzes: Auch hier ist der progressiv-konservativ-Gegensatz als einziger aussagekräftig, und dies etwa im selben Ausmass (50% der Varianz werden erklärt), obschon keine sachlichen Zusammenhänge zwischen den beiden Vorlagen bestehen.

Grafik 4: Einflussfaktoren der Zustimmung zur BVK-Vorlage

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der BVK-Vorlage, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 67%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen veranschaulicht die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der BVK-Vorlage. Wir verwenden hier die sogenannte "lmg"-Metrik als Mass für die Effektstärke der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz „erklärt“, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

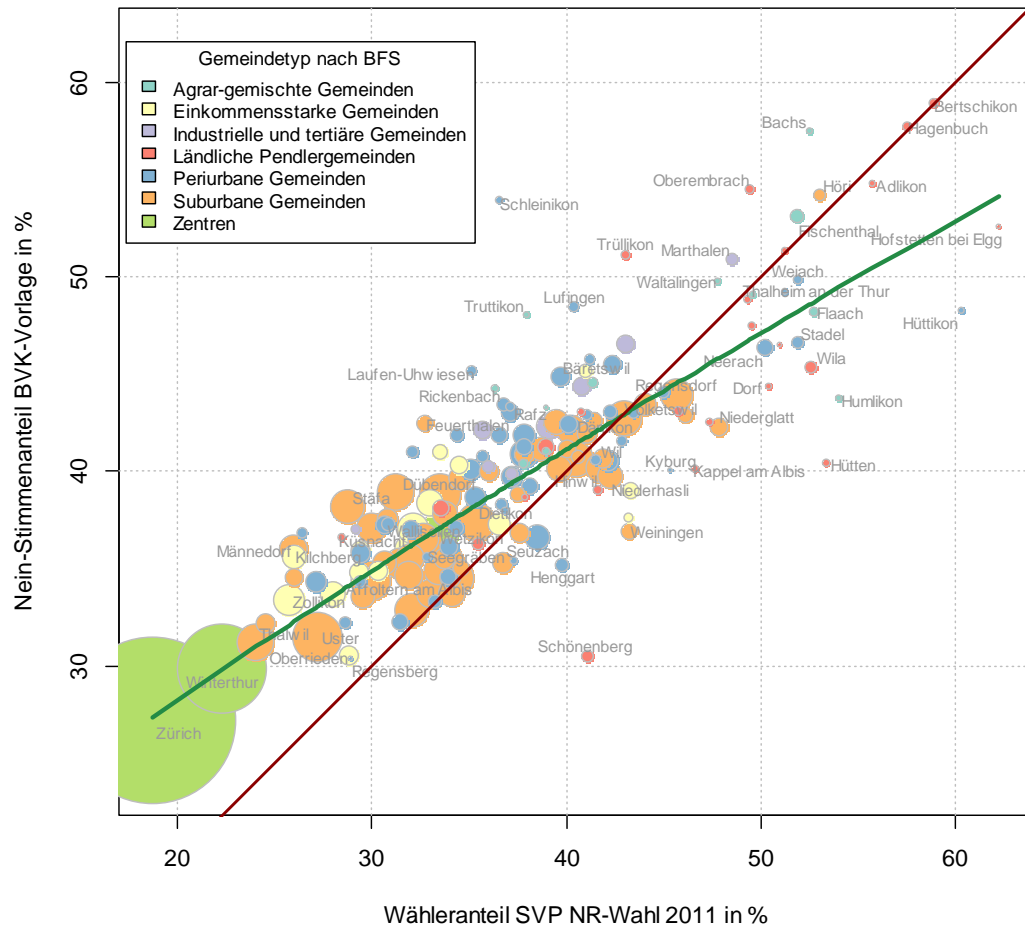
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Gemeinsam ist beiden Vorlagen freilich, dass die SVP dagegen war. Grafik 5 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Wähleranteil der SVP und dem **Nein**-Stimmenanteil der BVK-Vorlage. Der Zusammenhang zwischen den beiden Grössen ist sehr eng ($r=-.82$) und erstaunlich linear. Grafik 5 zeigt auch, dass der Nein-Stimmenanteil näherungsweise dem SVP-Wähleranteil (rote Linie) entspricht. Man kann also davon ausgehen, dass sich die SVP-Wählerschaft sehr parolenkonform verhielt.³

³ Eine Nein-Parole gab als einzige andere Partei auch die glp aus. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit dem Wähleranteil der glp lässt sich aber nicht nachweisen. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die glp-Wählerschaft weniger parolenkonform abstimmt, wäre aber unzulässig – auch wenn er naheliegt nach allem, was man über die Wählerschaft dieser jungen Partei weiss (Ihr Panaschierverhalten z.B. kann im ursprünglichen Wortsinne als katholisch bezeichnet werden, siehe Moser 2011b). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Methode der Aggregatsdatenanalyse eine er-

Grafik 5: SVP-Wähleranteil und BVK-Vorlage

Wähleranteil SVP in den Nationalratswahlen 2011 in %; Nein-Stimmenanteil der kantonalen BVK-Vorlage in %.



Lesehilfe: auf der roten Linie entspricht der Nein-Stimmenanteil zur BVK-Vorlage genau dem SVP-Wähleranteil.
 Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Fazit

Nimmt man die Abzockerinitiative aus, so gibt es eine Gemeinsamkeit bei allen untersuchten Vorlagen dieses Abstimmungssonntags: Die Nein-Parole der Zürcher SVP. Die jeweils sehr ausgeprägten Zusammenhänge der Gemeinderesultate mit dem Wähleranteil der SVP legen nahe, dass diese Parolen diszipliniert befolgt wurden. Die Resultate zeigen einmal mehr, dass die SVP ihre Anhängerschaft hinter sich hat – von Ausnahmen abgesehen, wie etwa wenn es um den Abbau der Sozialwerke (z.B. der AHV) geht. Das kantonale Schlussresultat vermochte diese Geschlossenheit allerdings in keinem Fall zu kippen. Nicht zuletzt vielleicht auch deshalb, weil dieser Abstimmungssonntag, trotz Abzockerinitiative, nicht überdurchschnittlich stark mobilisierte.

hebliche Varianz der Variablen voraussetzt. Diese Bedingung ist im Kanton Zürich nur bei den regional verwurzelten Traditionsparteien, der SVP, der SP und der FDP gegeben. Nur diese drei Parteien, haben in jeweils unterschiedlichen Gebieten des Kantons ihre „Hochburgen“ (siehe Moser 2005), was impliziert, dass ihre Wähleranteile auch ganz erheblich variieren. Bei der SP beträgt die Spannweite zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Wähleranteil 23, bei der FDP 28 und bei der SVP sogar 43 Prozentpunkte. Obschon sich ihre gesamtkantonalen Wähleranteile in einem ähnlichen Rahmen bewegen wie jene der FDP, sinken diese Werte bei der glp und den Grünen auf 12 bzw. 13 Prozentpunkte, liegen also eine Grössenordnung niedriger.

Literatur

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2011a). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.

Moser, Peter (2011b). Parteiloyalitäten der Wählerschaft im Wandel - Eine Analyse der Panaschierdaten der Zürcher Kantonsratswahlen 2011. *statistik.info* 2011/06.

Moser, Peter (2012) Vorlagen zahlreich – Beteiligung tief? Eine Analyse der Abstimmungen vom 17.6.2012.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2013 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.